

Antrag I01: Für eine bessere Welt

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	AK Internationales
Status:	angenommen in geänderter Fassung

1 Addressat*innen: Unterbezirkskonferenz der Jusos München, Bezirkskonferenz der
2 Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Bundeskongress der Jusos
3
4 Internationalismus
5 Die Jusos und die SPD sind internationalistisch, weil unsere Kämpfe für Gerechtigkeit
6 und gegen Unterdrückung globale Kämpfe sind. Unsere Solidarität ist grenzenlos, denn
7 die Arbeiter*innen in München haben mehr gemeinsam mit den Arbeiter*innen in Rio, in
8 Harare und in Sapporo, als mit der Familie Klatten. Internationalismus bedeutet,
9 Klassenkampf im globalen Maßstab. Doch was bedeutet Internationalismus in der Praxis,
10 in der konkreten Ausgestaltung alltäglicher jungsozialistischer respektive
11 sozialdemokratischer Politik? Internationalismus an sich heißt erst einmal nur
12 Kooperation, Zusammenarbeit zwischen Ländern, das alleine ist noch recht inhaltsleer.
13 Wir fordern, dass Internationalismus stets mit Inhalten gefüllt und im Hinblick auf
14 besonders einen Kerngedanken gelebt wird: Gerechtigkeit!
15 In der Pädagogik spricht man gemeinhin von ‚Equality‘, ‚Equity‘ und ‚Justice‘, geht
16 es um Fragen der Chancen zwischen verschiedenen Menschen. Genauso muss auch
17 internationalistische Politik in ihrer Herangehensweise an ein globales
18 Leistungssystem nicht nur schlichte und vermeintliche Gleichheit oder Fairness
19 schaffen, sondern wahre Gerechtigkeit unter allen Akteuren. Diese wahre Gerechtigkeit
20 bezieht sowohl lokale und physisch-natürliche Standortfaktoren, als auch kulturelle
21 Beschaffenheit und historische Besonderheiten mit ein.
22 Internationale Gerechtigkeit ist immer eine Frage der Verantwortung, historisch,
23 gegenwärtig und zukunftsorientiert. Die Verbrechen der Völker – oder vielmehr ihrer
24 Regierungen – untereinander, der Umgang mit der Vergangenheit, das aktuelle Handeln,
25 all das wirkt sich auf die Zukunft aus. Dementsprechend muss eine
26 internationalistische Politik stets darauf abzielen, in all ihren Facetten gerecht zu
27 agieren, gegenüber allen Akteuren.
28 Diese Akteure sind dabei ebenso vielfältig wie zahlreich. Internationalistische
29 Politik betrachtet nicht nur schlicht Staaten als ‚Player‘ im globalen System, sie
30 akzeptiert die Diversität des Spielfeldes der Weltgemeinschaft, nimmt aber aktiv
31 Einfluss auf deren Zusammensetzung, ihre Verhältnisse zueinander, ihre Grundlage und
32 ihre Entwicklung. Internationalistische Politik erkennt die Wichtigkeit lokaler
33 Arbeit an und befürwortet dezidiert einzelne, kleine und begrenzte Initiativen
34 fördert und regt aber auch explizit die Vernetzung und den Austausch von lokalen
35 Bewegungen weltweit an.
36 Für die Formen der Einwirkung hat die internationalistische Politik verschiedene
37 Instrumente, Apparate und Formate. Wir setzen dabei auf internationale Kooperation
38 statt Konfrontation und solidarische Zusammenarbeit von Staaten und ihren Menschen
39 statt Konkurrenz. Dabei geht es uns nicht nur abstrakt um einzelne Staaten, sondern
40 um die Menschen innerhalb dieser Staaten, besonders um diejenigen, die auf ihre

Arbeit angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Wir lehnen den momentanen globalen Trend hin zu einem neoliberalen oder gar libertären Wirtschaftsverständnis ab und betrachten es als weder gerecht noch in jeglicher Hinsicht internationalistisch. Diesen gerechten Ausgleich streben wir nicht nur im Bereich der Ökonomie, sondern zugleich auch in den Bereichen der Sicherheit, Bevölkerungs- und Umweltschutz, Kunst, Kultur und Wissenschaft an.

Die weltweiten Menschen-, Waren- und Datenströme haben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen, weltweiter Tourismus und der Siegeszug der Technik, das Internet, sind Kennzeichen und Kristallisationspunkte einer immer weiter wachsenden und prosperierenden Global-Gesellschaft. Eine Vernetzung an sich ist aber nicht per se unbedenklich und unbedingt wünschenswert. Globalisierung führt wenn sie unter den falschen Zielsetzungen vorangetrieben wird vor allem dazu, dass Arbeitskräfte in globalem Wettbewerb zueinander stehen. Daraus resultiert oft ein großer Druck auf Arbeitsbedingungen, ein race-to-the-bottom dürfen wir nicht zulassen. Vielmehr ist unser Ziel, dass sich die Arbeitsbedingungen global verbessern. Die Globalisierung macht uns als Menschheit auch fragiler, anfälliger, volatiler. Nicht nur können Seuchen und Naturkatastrophen in einer international verknüpften Welt bisher ungeahnte Ausmaße annehmen – auch die Datenübertragung in Echtzeit kann digitale politische Erdbeben auslösen, Äußerungen und Entscheidungen können weitreichende Folgen in derselben Minute bewirken. Der Internationalismus fordert daher sowohl Vorsorge und Prävention, in jedem Wirkungsbereich der Menschheit, als auch Vor- und Rücksicht und eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit Großspurigkeit und Drohgebärden einzelner Akteure. Das Gebilde des Internationalismus ist so zu bauen, dass es kurzfristigen und spontanen wie ebenso kurzgedachten Handlungen im Gefüge widersteht und nicht bei erratischen Aktionen sofort, von jetzt auf gleich, mir nichts, dir nichts, kollabiert.

Die globale Öffentlichkeit ist noch im Entstehen begriffen und hat noch keine rigiden Normen, Verfahren oder Mehrheiten gebildet. Das ist Chance und Gefahr zugleich. Öffentlichkeit kann nicht konstruiert oder gesteuert werden - sie ist Ausdruck demokratischen Strebens selbst - dennoch müssen wir versuchen, so positiv wie möglich neue Entwicklungen zu beeinflussen.

Unser Ziel ist eine Weltordnung, die auf gemeinsamen Werten und Regeln basiert, die zum Beispiel durch Abkommen verbindlich gemacht werden. Unsere Vorstellungen dieser Ordnung und Werte wollen wir selbstbewusst und kritisch gegenüber anderen Staaten vertreten und einfordern. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass die Zahl der Staaten, die diese Vorstellung teilen, nicht gerade ansteigt. Auch mit denen werden wir unter kritischen Vorzeichen weiter arbeiten und umgehen müssen.

Sanktionen sind ein Instrument, um gemeinsam vereinbarte Werte international durchzusetzen. Die Verhängung von Sanktionen ist immer eine Einzelfallentscheidung, handlungsleitend muss sein, dass sowohl in der sanktionierten als auch in der sanktionierenden Gesellschaft die Folgen für die arbeitende Klasse gering gehalten werden und stattdessen die herrschende Klasse - Kapital und Staat - unter Druck gerät. Den Anspruch, die politische Ordnung in anderen Staaten durch Akte politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Gewalt zu verändern, lehnen wir ab. Internationalistische Politik muss militärische Gewalt als stets letztes und defensives Mittel sehen, um internationale Solidarität und Ordnung zu sichern.

87 Internationalismus ist Antimilitarismus, aber nicht radikaler Pazifismus.
88 Der Internationalismus fördert Forschung und Wissenschaft, Kunst und Kultur im
89 besonderen Maße dann, wenn sie sich einem weltweiten Gemeinwohl ökonomischer, aber in
90 allererster Linie ökologischer, progressiver und zukunftsorientierter Stoß- und
91 Ausrichtung verpflichten.

92 Anti-Faschismus

93 Sozialdemokratie und Sozialismus verstehen sich als jeher antifaschistisch. Seitdem
94 der Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus sich zum Faschismus kristallisiert
95 hatte, war er der Feind der linken Utopie. Diese Gegensätzlichkeit ist nicht nur in
96 unseren Wert- und Weltvorstellungen begründet, sondern eine praktische Notwendigkeit.

97 Der Faschismus ist die Negation des gesellschaftlichen Gleichheitsanspruchs, wie wir
98 ihn einfordern. Der Faschismus an und außerhalb der Regierung verfolgt und ermordet
99 auch Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen, genau weil er sie als seine Negation
100 identifiziert.

101 Sozialismus oder demokratisierende Bewegungen sind in einem faschistischen Staat
102 unmöglich. Denn für den Faschismus ist jeder politische Kampf immer existentiell. Vor
103 allem die Vernichtung des Liberal-Demokratischen und des Sozialismus treibt er bis
104 zum Äußersten voran. Ob dieser Vernichtungskrieg in Folterkellern und Gefängnissen
105 oder auf Schlachtfeldern im Bombenhagel geführt wird, ist für ihn eine nebensächliche
106 Frage. Die Bedrohung durch den deutschen Faschismus ist bereits zu Recht erkannt
107 worden und die sozialistische Bewegung stellt sich ihm in angemessenem Ausmaße
108 entgegen. Wir dürfen ebenso nicht die Gefahr vor unserer Haustüre übersehen, denn
109 dort hat er sich bereits der Mittel des Krieges bemächtigt.

110 Es ist eine ernüchternde Feststellung - sie ist dennoch wahr - dass der Faschismus
111 global seit 1945 nicht mehr so stark war, vielleicht sogar gefährlicher als je zuvor.
112 Das faschistische Regime in Russland führt Krieg in Europa. Es bombardiert zivile
113 Ziele ohne militärischen Wert und russische Soldaten veranstalten sog. Menschen-
114 Safaris, bei denen gezielt Zivilisten terrorisiert und ermordet werden. Putin
115 beschränkt sich allerdings nicht nur auf die Ukraine. Seit Jahren führt er einen
116 hybriden und teils offenen Krieg gegen das demokratische Europa. Neben bekannter
117 Desinformation sind nun von politischen Mordanschlägen wie im Berliner Tiergarten, in
118 Salisbury oder auf den Vorstandsvorsitzenden von Rheinmetall über Cyberangriffe,
119 Sabotagen bis hin zu Bombenlegungen an der Tagesordnung.

120 Auch auf der anderen Seite des Atlantik verschiebt sich das politische Klima und
121 Donald Trump als US-Präsident verschiebt das Sagbare und verschiebt das Sagbare und
122 strebt eine autoritäre Präsidentschaft an. Trump treibt den weiteren strukturellen
123 Umbau von einer Demokratie in Richtung eines autoritären Staates auf Basis von
124 Rassismus, Chauvinismus und Nationalismus voran, welches sich in der Exekutive, bspw.
125 der ICE, zeigt. Dies markiert aufgrund der großen Macht der USA in der
126 internationalen Ordnung und des US-amerikanischen Militärs eine fundamentale
127 Verschiebung. Bereits jetzt setzen handelnde und mächtige Akteure alles daran, unsere
128 Demokratie zu destabilisieren und zu schwächen. Ihre Oligarchen bemächtigen sich
129 unserer öffentlichen Diskursräume und ihr Expansionswahn steckt die Welt in Brand und
130 bedroht sogar uns direkt.

131 Europa könnte sich sehr bald in einer Situation der Umzingelung wiederfinden und

darauf nicht vorbereitet sein. Wir müssen alles daran setzen, es nicht so weit kommen zu lassen. Wir müssen weiter alles versuchen, um den Frieden zu bewahren. Wir müssen letztendlich allerdings auch auf den Ernstfall vorbereitet sein. Der Faschismus braucht den Feind, den es zu vernichten gilt. Er lebt davon. Die Dauermobilisierung, die Entrechtung der Bevölkerung und die Zerstörung jeden Widerstands sind nur so zu begründen. Wir dürfen uns nicht in der vermeintlichen Gewissheit sicher wähnen, nicht auch auf der Speisekarte landen zu können. Faschisten sind nicht dafür bekannt, streng logische Entscheidungen zu treffen.

Für uns bedeutet das,

☐ Faschismus in Deutschland und Europa weiterhin entschieden zu bekämpfen,

☐ die Hilfe von internationalen Geldgeber*innen und Unterstützung für Faschist*innen, wo es geht, zu beenden und

☐ die Sicherheit unserer Bevölkerung durch eine Stärkung des Zivilschutzes zugewährleisten, wo dies noch nicht ausreichend geschieht.

Schließlich müssen wir auch bereit sein, unsere freiheitliche Demokratie und unsere sozialistische Utopie vor denen zu verteidigen, die sie auslöschen wollen. Dabei verfolgen wir einen ganzheitlichen Sicherheitsbegriff, der mehr umfasst als reine militärische Verteidigungsfähigkeit. Die Verteidigung unserer Demokratie und unserer europäischen Zielvorstellung erfordert in diesem ganzheitlichen Sinn auch konkrete Finanzierung. Diese muss - im Rahmen unseres antimilitaristischen Verständnisses - Maß und Ziel einhalten und müssen immer kritisch reflektiert werden. Antifaschismus in diesem Sinne ist keine Pflicht oder Entscheidung des Individuums, wir begreifen ihn als genuin gesellschaftliche und staatliche Aufgabe. Nur Gesellschaften können Gesellschaft verteidigen. Nur Bevölkerungen können Demokratie erhalten.

Wir fordern daher eine sozialistische Sicht auf Verteidigung und Sicherheit. Dies sind Aufgaben, die - wie andere auch - solidarisch von allen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitgetragen werden müssen und nicht bei wenigen Freiwilligen oder Jahrgängen hängen bleiben dürfen.

Antifaschismus ist nichts Schönes, er ist leider nötig. Und in Zeiten wie unseren wird er zur Pflicht.

Anti-Nationalismus & Pro-Europäismus

Die Europäische Union ist das erfolgreichste Friedens-, Demokratie- und Solidaritätsprojekt der europäischen Geschichte. Angesichts globaler Herausforderungen wie der Klimakrise, geopolitischer Konflikte, wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmender autoritärer Entwicklungen reicht ein Zusammenschluss souveräner Nationalstaaten jedoch nicht mehr aus. Nationalismus und nationale Alleingänge bieten keine Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie fördern Konkurrenz statt Solidarität, blockieren notwendige Entscheidungen und gefährden den demokratischen Zusammenhalt Europas.

Als demokratische Sozialistinnen verstehen wir Europa nicht als Wirtschafts- oder Zweckgemeinschaft, sondern als politische Gemeinschaft, deren Legitimation von ihren Bürgerinnen ausgeht. Unser Ziel ist ein demokratisches, soziales und föderales Europa, das gemeinsame Antworten auf gemeinsame Herausforderungen entwickelt und dabei nicht nur die innereuropäischen, sondern auch die globalen Interessen und

176 Probleme mitdenkt. Dabei stehen wir in einer langen Tradition der Sozialdemokratie:
177 Bereits das Heidelberger Grundsatzprogramm der SPD von 1925 bekannte sich zu den
178 „Vereinigten Staaten von Europa“. Fast ein Jahrhundert später ist diese Vision
179 aktueller denn je. Nur ein geeintes, demokratisches und solidarisches Europa kann
180 Freiheit, Frieden, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand dauerhaft sichern. Dabei darf
181 dieses Projekt nicht an den europäischen Außengrenzen Halt machen.

182 Deshalb fordern wir

- 183 ☐ die Bekräftigung des Ziels der Vereinigten Staaten von Europa als demokratischer,
184 sozialer und föderaler Bundesstaat;
- 185 ☐ die Einführung des Mehrheitsprinzips in allen Politikbereichen der Europäischen
186 Union und damit die schrittweise Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips;
- 187 ☐ ein Initiativrecht für das Europäische Parlament sowie dessen Ausbau zum
188 vollwertigen Gesetzgeber mit gleichberechtigten Kompetenzen gegenüber dem Rat;
- 189 ☐ die Wahl einer europäischen Regierung durch das Europäische Parlament sowie deren
190 parlamentarische Kontrolle;
- 191 ☐ die Weiterentwicklung des Rates der Europäischen Union zu einer zweiten Kammer
192 eines föderalen Europas;
- 193 ☐ die Einführung transnationaler Wahllisten sowie die Vereinheitlichung des
194 europäischen Wahlrechts;
- 195 ☐ den Ausbau direkter europäischer Demokratie, insbesondere durch die Stärkung der
196 Europäischen Bürgerinitiative;
- 197 ☐ die Stärkung europäischer Parteien und einer gemeinsamen europäischen
198 Öffentlichkeit durch die Förderung grenzüberschreitender Medien und politischer
199 Debatten;
- 200 ☐ den Aufbau einer Europäischen Sozialunion mit verbindlichen Mindeststandards für
201 Tarifbindung, Mitbestimmung, soziale Sicherung und armutsfesten Mindestlöhnen;
- 202 ☐ eine dauerhafte europäische Investitions- und Fiskalpolitik einschließlich
203 gemeinsamer europäischer Anleihen zur Finanzierung von Infrastruktur,
204 Digitalisierung, Klimaschutz und industrieller Transformation;
- 205 ☐ die konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung, Steuerdumping und unfairem
206 Standortwettbewerb innerhalb der Europäischen Union;
- 207 ☐ die Vollendung einer Europäischen Energieunion sowie eine koordinierte europäische
208 Klima- und Industriepolitik;
- 209 ☐ den Ausbau des europäischen Bildungsraums durch die gegenseitige Anerkennung von
210 Bildungsabschlüssen, die Stärkung europäischer Austauschprogramme und die Förderung
211 grenzüberschreitender Bildungsangebote;
- 212 ☐ die stärkere Verankerung europäischer Geschichte, der europäischen Einigung sowie
213 der Folgen von Nationalismus in schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten;
- 214 ☐ die Förderung grenzüberschreitender Begegnungen und Austauschprogramme für Menschen
215 aller Altersgruppen;
- 216 ☐ die konsequente Zurückdrängung nationalistischer Narrative in Politik und
217 öffentlichem Diskurs zugunsten eines europäischen Demokratie- und
218 Solidaritätsverständnisses;

219 [?] die Überwindung nationalstaatlichen Konkurrenzdenkens in der Wirtschafts-, Sozial-,
220 Klima-, Sicherheits- und Migrationspolitik;

221 [?] ein klares Bekenntnis aller staatlichen Institutionen zur Bekämpfung
222 nationalistischer, rassistischer, antisemitischer und rechtsextremer Ideologien.

223 Nationalismus war stets eine der größten Bedrohungen für Frieden, Demokratie und
224 soziale Gerechtigkeit in Europa. Er lebt von der Vorstellung, dass nationale
225 Interessen grundsätzlich Vorrang vor gemeinschaftlichem Handeln haben und politische
226 Legitimation ausschließlich aus dem Nationalstaat erwächst. Dieses Denken führt zu
227 Abschottung, Konkurrenz und Ausgrenzung – und verhindert gemeinsame Lösungen für
228 gemeinsame Probleme. Die europäische Einigung war die historische Antwort auf die
229 Katastrophen des Nationalismus im 20. Jahrhundert. Sie hat Frieden, Wohlstand und
230 demokratische Stabilität geschaffen. Doch die Europäische Union bleibt in ihrer
231 heutigen Form vielfach durch zwischenstaatliches Denken und nationale Vetorechte
232 gelähmt. Gerade in Zeiten globaler Krisen zeigt sich, dass handlungsfähige Demokratie
233 nicht an nationalen Grenzen enden darf. Deshalb reicht es nicht aus, Europa lediglich
234 zu bewahren. Wir wollen Europa weiterentwickeln. Unser Ziel ist eine demokratische
235 Föderation Europas, in der politische Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie am
236 wirksamsten und demokratischsten getroffen werden können. Europäische Demokratie
237 bedeutet für uns nicht weniger Demokratie, sondern mehr demokratische Mitbestimmung
238 auf einer Ebene, auf der die zentralen Herausforderungen unserer Zeit tatsächlich
239 gelöst werden können. Dabei knüpfen wir bewusst an die Geschichte der
240 Sozialdemokratie an. Bereits im Heidelberger Grundsatzprogramm von 1925 formulierte
241 die SPD das Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“. Diese Forderung war Ausdruck
242 der Überzeugung, dass Frieden, Freiheit und sozialer Fortschritt nur durch die
243 Überwindung nationalistischer Machtpolitik dauerhaft gesichert werden können. Diese
244 Überzeugung teilen wir auch heute. Angesichts des Erstarkens nationalistischer und
245 autoritärer Kräfte innerhalb und außerhalb Europas ist die Vollendung der
246 europäischen Integration keine utopische Vision, sondern eine politische
247 Notwendigkeit.

248 Für uns gehören Pro-Europäismus und Anti-Nationalismus untrennbar zusammen. Wer
249 Europa stärken will, muss den Nationalismus überwinden. Wer Demokratie, soziale
250 Gerechtigkeit und Frieden sichern will, muss den Mut haben, nationale Egoismen hinter
251 sich zu lassen und europäische Solidarität zum Maßstab des politischen Handelns zu
252 machen. Die Vereinigten Staaten von Europa sind deshalb nicht nur ein historisches
253 Ziel der Sozialdemokratie – sie sind unser Auftrag für die Zukunft.

254 Supranationalismus

255 Supranationale Organisationen wie die Europäische Union zeichnen sich dadurch aus,
256 dass ihre Beschlüsse für alle Mitgliedstaaten bindend sind, ohne dass es dafür der
257 Zustimmung aller bedarf.

258 Als Jusos sind wir überzeugt, dass sich die großen Herausforderungen unserer Zeit nur
259 gemeinsam bewältigen lassen. Internationale Zusammenarbeit kann jedoch nur
260 funktionieren, wenn Staaten bereit sind, ihre Partikularinteressen zugunsten
261 gemeinsamer Ziele und Werte zurückzustellen.

262 Innerhalb der Europäischen Union setzen wir uns deshalb dafür ein,
263 Mehrheitsentscheidungen auf weitere Politikbereiche auszuweiten. Dadurch würde die
264 Europäische Union handlungsfähiger und besser in die Lage versetzt, auf gemeinsame

265 Herausforderungen zu reagieren. Deutschland kommt dabei eine besondere Verantwortung
266 zu. Als größter Mitgliedstaat müssen wir deutlich machen, dass eine stärkere
267 europäische Integration nicht dazu dient, deutsche Interessen auf Kosten kleinerer
268 Staaten durchzusetzen. Im Gegenteil: Deutschland muss bereit sein, sich dem Konsens
269 seiner europäischen Partner anzuschließen und europäische Lösungen auch dann
270 mitzutragen, wenn sie nicht in jedem Punkt den eigenen Vorstellungen entsprechen.
271 Besondere Sensibilität erfordert dabei der Umgang mit den Interessen unserer ost- und
272 mitteleuropäischen Nachbarstaaten, denn sie sind durch die russische Aggression
273 unmittelbar bedroht. Zugleich hat Deutschland durch seine langjährige Russlandpolitik
274 dort erhebliches Vertrauen eingebüßt. Unabhängig von solchen langfristigen
275 Zielvorstellungen muss die Zusammenarbeit jedoch überall dort vertieft werden, wo
276 dies praktisch möglich ist. Jede Form erfolgreicher Kooperation stärkt die
277 europäische Handlungsfähigkeit und bringt uns einer gemeinsamen Sicherheits- und
278 Verteidigungspolitik einen Schritt näher.

279 Die regelbasierte internationale Ordnung steht unter erheblichem Druck. Gerade nach
280 dem jüngsten Rückschlag bei den Bemühungen um einen ständigen Sitz im UN-
281 Sicherheitsrat darf Deutschland sich nicht ins Nationale zurückziehen. Im Gegenteil:
282 Es gilt nun zu beweisen, dass unser außenpolitisches Engagement auf festen Werten und
283 globaler Verantwortung fußt und nicht rein opportunistisch auf den eigenen
284 machtpolitischen Einfluss abzielt.

285 Die Vereinten Nationen bleiben das einzige universelle Forum zur Bearbeitung globaler
286 Krisen. Allerdings unterscheidet sich die UN in ihrer Struktur und Zusammensetzung
287 fundamental von der Europäischen Union (EU). Während die Mitgliedstaaten der EU durch
288 gemeinsame Grundwerte, Rechtsstaatlichkeit und liberale Demokratien geeint sind, ist
289 die Mehrheit der UN-Mitglieder leider nicht liberal-demokratisch verfasst. Aus diesem
290 Grund muss der intergouvernementale Charakter der UN zwingend gewahrt bleiben. UN-
291 Beschlüsse können nicht denselben supranationalen, rechtlichen und normativen
292 Stellenwert einnehmen wie das Recht der Europäischen Union. Um in dieser komplexen
293 Gemengelage wirksam zu agieren, muss die EU unsere primäre Handlungs- und
294 Koordinationsebene sein. Erst durch ein geschlossenes Auftreten innerhalb der
295 europäischen Familie erlangt Deutschland das nötige diplomatische und politische
296 Gewicht, um auch auf UN-Ebene gestaltend zu wirken. Dabei liegt die größte
297 Hebelwirkung für eine stabilere Weltordnung in der Konzentration auf globale
298 Wirtschafts-, Entwicklungs- und Sozialthemen.

299 Anti-Militarismus

300 Wir halten an unserer antimilitaristischen Haltung fest. Militärische Stärke und die
301 Verteidigung territorialer Grenzen hat nichts Heroisches an sich, jeder Mensch, der
302 in kriegerischen Auseinandersetzungen sterben muss, ist ein tragisches Schicksal.

303 Während die Militärausgaben relativ zum BiP zwischen 1990 und 2013 von 2.51% auf
304 1.16% sanken (leichter Anstieg in absoluten Zahlen), 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt
305 wurde und militärische Einrichtungen und Investitionen eher ab- als ausgebaut wurden,
306 vergeht seit 2022 kaum ein Tag, an dem nicht die Wiedereinführung der Wehrpflicht,
307 militärische Aufrüstung und die unzureichende materielle und finanzielle Ausstattung
308 der Bundeswehr debattiert wird. Die Akzeptanz für Militärausgaben in der Bevölkerung
309 ist maßgeblich von der wahrgenommenen Bedrohungslage abhängig. Im Juni 2025
310 beschlossen die NATO-Bündnispartner, ihre Verteidigungsausgaben auf mindestens 3,5%

ihres BIPs bis 2035 zu steigern. Die Pläne der aktuellen Bundesregierung sehen eine Erreichung dieses Ziels sogar schon bis 2029 vor. Dieses Jahr betragen die Ausgaben für das Verteidigungsministerium bereits über 15% des Bundeshaushalts.

Wir sehen die massive Steigerung von Militärausgaben weiterhin kritisch. Dies ist insbesondere kritisch in einer Zeit, in der an vielen anderen Stellen in den öffentlichen Haushalten gespart wird. Die Militärausgaben prozentual an der Wirtschaftsleistung zu messen, ist sicherheitspolitisch nicht zu begründen, wir lehnen auf diese Weise festgelegte Ausgabenziele ab.

Wir halten daran fest, langfristig für internationale Abrüstungsabkommen und weniger Waffen in der Welt zu kämpfen.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der damit veränderten Bedrohungslage wird aktuell ein massiver Aufbau militärischer Kapazitäten in Deutschland begründet. Wir kritisieren, dass dieser politische Weg als alternativlos dargestellt wird. Außerdem kritisieren wir die Verengung der öffentlichen Debatte und den politischen Fokus auf den Aufbau militärischer Stärke im Vergleich zum Aufbau von z. B. resilient demokratisch organisierten Medienplattformen.

Darüber hinaus halten wir fest, dass die Bewertung der Sicherheits- und Bedrohungslage immer eine politische ist. Auch wenn die Haltungen von Expert*innen und deren Einschätzungen für die Betrachtung relevant sind, ist es nicht möglich, komplexe Fragen wie Sicherheit eindeutig einzuschätzen - insbesondere, wenn sie von menschlichen und politischen Entscheidungen abhängig sind.

Die freiheitliche Demokratie muss geschützt und verteidigt werden. Wir sind keine Pazifist*innen und wollen uns deswegen auch gegen Gewalt verteidigen können. Dabei ist uns wichtig, dass Sicherheit nicht in erster Linie durch Waffen und Verteidigungsfähigkeit hergestellt wird, sondern dass langfristig Sicherheit und Frieden nur durch eine stabile Friedensordnung möglich sind.

Die Bundeswehr im Sinne der Landes- und Bündnisverteidigung muss diese Verteidigungsfähigkeit sicherstellen. Wo Sicherheit neben anderen Maßnahmen auch vor allem durch militärische Verteidigungsfähigkeit hergestellt werden muss, wollen wir jedoch nicht nur blind "mehr" militärische Stärke, sondern spezifische und tatsächliche Bedarfe erfüllen.

Freiheit, Gerechtigkeit und Vielfalt können nur von denjenigen verteidigt werden, die diese Werte auch tagtäglich leben. Die Bundeswehr und jede europäische Armee müssen nicht nur auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sie müssen ein Ebenbild genau dieser freiheitlich-demokratischen Ordnung sein.

Gerade in dieser Zeit, in der Rüstungskonzerne sich kaum vor Aufträgen retten können – und dabei Milliarden-Einnahmen verzeichnen, in der die Militarisierung immer mehr zur alternativlosen Normalität wird, ist es essentiell Argumente, Forderungen und Versprechen kritisch im Sinne des Anti-Militarismus zu hinterfragen:

Fakt ist, dass die arbeitende Bevölkerung die Hauptlast von Kriegen trägt: als aktive*r Soldat*in, Steuerzahler*in oder als Opfer von Angriffen ohne private Bunker oder die Möglichkeit, schnell in den Privatjet zu steigen.

Militarismus darf unter keinen Umständen als Mittel einer herrschenden Klasse benutzt werden, um die arbeitende Klasse von innenpolitischen Missständen abzulenken und zu

355 unterdrücken - wir sehen es als unsere Verantwortung, militaristische Entwicklungen
356 und übermäßige Zustimmung für diese kritisch zu hinterfragen.

357 Militarisierung beginnt bei der Art und Weise, wie wir in der Öffentlichkeit über
358 Militär und Waffen diskutieren. Dies hat sich in der Vergangenheit beispielsweise bei
359 der Lieferung von Taurus Marschflugkörpern gezeigt. Statt über die Dramatik des
360 Kriegs in der Ukraine zu sprechen, hat sich die öffentliche Debatte bei
361 weitestgehender Ahnungslosigkeit sicherheitstechnischer Fragestellungen über
362 Reichweiten und technische Aspekte von Waffengattungen gedreht. Wir beteiligen uns
363 deshalb nicht an der öffentlichen Diskussion über einzelne Waffensysteme, sondern
364 bringen wo immer möglich unsere grundsätzliche Ablehnung militärischer
365 Auseinandersetzung zum Ausdruck.

366 Dem Märchen von Militärinvestitionen als Konjunkturprogramm widersprechen wir
367 vehement: Der Multiplikatoreffekt zugunsten von Wirtschaftswachstum, wie er häufig
368 als Rechtfertigung für die hohen Ausgaben angeführt wird, ist für Investitionen in
369 Militärgüter deutlich geringer als für zivile Investitionen, z.B. in Bildung und
370 Forschung. Der Effekt auf Beschäftigungszahlen scheint ebenfalls vernachlässigbar im
371 Vergleich zu den wegfallenden Arbeitsplätzen in bspw. Automobilbranche. Ressourcen,
372 die für Produktion und Entwicklung von Rüstungsgütern eingesetzt werden, fehlen für
373 zivilen Fortschritt. Außerdem ermöglicht die Quasi-Monopolstellung von
374 Rüstungskonzernen riesige Gewinnmargen auf Kosten des Staates/der Steuerzahlenden.
375 Außerdem konkurrieren Rüstungsunternehmen mit anderen Herstellern um Rohstoffe und
376 Vorprodukte und treiben damit deren Preise, auch für Hersteller von zivilen
377 Produkten, in die Höhe.

378 Daher fordern wir:

379 [?] Aufrüstung muss klare Grenzen haben. Bestrebungen nach Stärkung des europäischen
380 Zusammenhalts im Militärssektor durch Rüstungsk Kooperationen scheint an den
381 Vormachtsinteressen von Rüstungskonzernen zu scheitern, außerdem setzt die
382 Möglichkeit des Profits durch Krieg und Aufrüstung perfide, kapitalistische Anreize.

383 [?] Wir fordern daher die Verstaatlichung von Rüstungsunternehmen, die Abschöpfung von
384 Übergewinnen und die Festsetzung von angemessenen Preisen für Rüstungsgüter. Mit
385 Rüstungsprojekten dürfen keine privaten Profite erzielt werden.

386 [?] Vormacht-Bestrebungen einzelner Staaten verurteilen wir. Wir lehnen kriegsrische
387 Handlungen zu kapitalistischen, imperialistischen und unterdrückerischen Zwecken und
388 deren Unterstützung ab und fordern eine klare Verurteilung und Sanktionierung dieser.

389 [?] Die Bundeswehr muss hart und entschieden gegen rechte Netzwerke innerhalb ihrer
390 Strukturen vorgehen und damit sicherstellen, dass die Organisation in ihrer Gänze dem
391 Grundgesetz und seiner Verteidigung verpflichtet ist und dient.

392 [?] Jegliche Verpflichtung zum Wehrdienst und alle Pflichtdienste lehnen wir ab. Der
393 Dienst bei der Bundeswehr und der Dienst an der Waffe und damit verbunden die Frage,
394 ob man im Zweifel bereit ist, andere Menschen zu töten, ist ein zutiefst persönliche
395 Frage, die jede Person für sich entscheiden muss. Für diejenigen Menschen, die sich
396 für einen Wehrdienst entscheiden und bei der Bundeswehr arbeiten, müssen die
397 bestmöglichen Voraussetzungen geschaffen werden. Das betrifft sowohl die Bezahlung
398 und die Arbeitsbedingungen, als auch die Ausrüstung und das Equipment. Ein
399 Personalaufbau bei der Bundeswehr muss über die Attraktivität des Wehrdienstes

400 erfolgen.

401 ☐ Die Nachwuchswerbung der Bundeswehr an Schulen, in Form einer verharmlosenden,
402 “gamifizierenden” Darstellung des Wehrdienstes, lehnen wir ab.

403 Die Sozialistische Bewegung muss bei Themen der internationalen Politik sprachfähig
404 sein. Das geht über ein bloßes Verhalten zu Situationen und Reagieren hinaus. Wir
405 sind aufgefordert, eine eigene Sicht auf die Welt, wie wir sie sehen und sehen
406 wollen, zu formulieren.